

Typen- und Modellbildung dienen der Komplexitätsreduktion und sind gleichzeitig auf sie angewiesen. Hieraus folgt fast zwangsläufig eine Vereinfachung der Realität, die bei Mehrländeranalysen die Gefahr birgt, dass Gemeinsamkeiten der Systeme trotz kontextbedingter Unterschiede „erzwungen“ werden. *Holger Onken* umschifft diese Klippe und erreicht durch eine zielgerichtete Wahl der theoretischen Konzepte sowie ausreichender Beschreibungstiefe bei den Fällen maximale Ergebnisse. Trotzdem muss er in seinem eigenen Fazit feststellen, dass „für eine wirklichkeitsnahe Erforschung von Parteiensystemen [...] die Notwendigkeit [besteht], neue soziologische und politisch-kulturelle Analysekatoren aus der empirischen Wirklichkeit herauszuarbeiten“ (363).

In der an sich gut begründeten Auswahl (79) sticht Großbritannien ein wenig heraus. Es hat im Gegensatz zu den anderen drei Fällen ein Mehrheitswahlrecht und eine nicht kodifizierte Rechtsgrundlage, hinzu kommen die nicht-kontinentale Lage und die Rolle im Zweiten Weltkrieg. Eine weitere Kritik richtet sich an die Form der Zitation. Aus Sicht des Rezensenten gibt es gute Argumente für und gegen Fußnoten, genauso steht es um die amerikanische Zitation. Doch eine amerikanische Zitation in Fußnoten scheint am Ziel vorbei zu gehen. Darüber hinaus entspricht das Werk allen formalen Parametern.

Abschließend kann gesagt werden, dass die auf dem Buchrücken angegebene Zielgruppe von Dozierenden und Studierenden der Politikwissenschaft, Soziologie sowie Geschichte respektive Journalisten etwas knapp gegriffen scheint. In der Breite und Tiefe der Analyse stellt das Buch von *Holger*

Onken einen substantiellen Beitrag zur Erforschung des Wandels von Parteiensystemen dar.

Christian Nestler

Freeden, Michael und Andrew Vincent (Hrsg.). *Comparative Political Thought. Theorizing Practices*. London [u.a.]. Taylor & Francis 2013. 196 Seiten. 31,99 €.

Mit *Michael Freedon* und *Andrew Vincent* haben sich nun auch zwei Urgesteine der britischen Politischen Theorie des Themenfelds der comparative political theory (CPT) angenommen. Ihr Band ist durchaus als Konkurrenzprodukt zu dem von Fred Dallmayr herausgegebenen Reader „Comparative Political Theory. An Introduction“ zu verstehen, der hier bereits vorgestellt wurde (vgl. PVS 2011, Jg. 52 Heft 1, 124–126). Zwei Unterschiede sind besonders hervorzuheben: Zum einen handelt es sich bei den von Freedon und Vincent zusammengestellten Texten ausschließlich um Originalbeiträge, was der Geschlossenheit des Bandes spürbar entgegenkommt. Zum anderen begegnen die Herausgeber dem oft diffusen Dialogizitätspostulat der nordamerikanischen Spielart von CPT mit großer Skepsis. Aus diesem Grund wenden sie sich explizit der praktischen Seite politischer Ideen zu, was den Untertitel des Bandes erklärt. Es geht also im Wesentlichen um die „theoretische“ Sinnggebung von regional beziehungsweise kulturell unterschiedlichen politischen Praktiken. Dies wird schon in dem ersten thematisch zusammengruppierten Block deutlich, der aus drei Aufsätzen besteht, die jeweils das Verständnis des „Politischen“ in Indien, Lateinamerika und China be-

handeln und dabei unterschiedlich erfolgreich scheitern. Während der Beitrag von *Sudipta Khaviraj* die langsam fortschreitende Demokratisierung eines zunächst aristokratischen Politikbegriffs in Indien nachzeichnet und dabei interessantes Material verarbeitet, lässt die Strukturiertheit des Aufsatzes, der bei Aufzählungen mehrfach den Faden verliert, zu wünschen übrig – abgesehen davon würde man die leider fehlende Übersetzung eines in Sanskrit zitierten Satzes für selbstverständlich halten. Gleichwohl ist dies der einzige Beitrag, bei dem so eklatante redaktionelle Mängel ins Auge fallen. *Laurence Whitehead* orientiert sich bei seinem Versuch, ein lateinamerikanisches Politikverständnis herauszudestillieren, deutlich stärker noch als *Khaviraj* an empirischen Praktiken, die in verschiedenen Epochen zu unterschiedlicher Resonanz politischer Ideen beigetragen haben, ohne dabei jedoch ganz auf ideengeschichtliche Bezüge zu verzichten. Der Aufsatz liest sich daher wie eine tour d'horizon durch die letzten zweihundert Jahre lateinamerikanischer Politik, was ihn als Einstiegstext durchaus geeignet erscheinen lässt. *Rana Mitter* schließlich behandelt das „Politische“ im modernen China und zeigt anhand der Werke von Mao Zedong und Zou Taofen die vielfältigen Spannungsverhältnisse auf, in denen sich das politische Denken insbesondere in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zwischen (konfuzianischer) Tradition und Modernismus entwickelt hat. Er kann jedoch nur punktuell einen Eindruck relevanter Vorstellungen des „Politischen“ in China zu vermitteln. *Partha Chatterjees* Beitrag markiert demgegenüber den Höhepunkt des Bandes, da er konzentriert die zentrale Frage der comparative political theory angeht,

die er folgendermaßen formuliert: „[H]ow has normative political theory as practised in the West managed to fortify itself against the turmoil of the real world of politics and assert the continued validity of its norms as pronounced at its moment of creation?“ (71f) Seine These ist, dass sich diese Art von politischem Denken nur im Rahmen eines Normalisierungsdiskurses herausbilden konnte, in dem alle Abweichungen vom europäischen Standard zugleich zur Aufhebung normativer Prinzipien führten, was die hintergründige Logik der scheinbaren Paradoxie autonomer Kolonisierer und heteronomer Kolonisierter begründet. Demgegenüber – und diese Überlegung schafft auch für das Projekt der postcolonial studies breite Angriffsflächen – muss *Chatterjee* zufolge jedoch auch deutlich gemacht werden, dass die europäischen politischen Institutionen und normativen Prinzipien keineswegs in einem endogenen Prozess (und als Implementation westlicher Ideen) entstanden sind, sondern vielmehr aus dem Aufeinandertreffen von Europa und seinen Kolonien resultieren: Die East India Company ist in diesem Gegendarrativ die erfolgreiche Vorläuferin von Kapitalgesellschaften, und die Idee universaler Bürgerrechte verdankt sich erst der haitianischen Revolution. Vor diesem Hintergrund müsste dann jedoch eine Neubewertung nicht nur der hegemonialen Ansprüche westlichen Denkens, sondern eben auch seines konstitutiven Normalisierungsdiskurses erfolgen – und dies umso mehr, als sich die Logik von Abweichung und Norm inzwischen auch in ehemaligen Kolonien als politisches Prinzip etabliert hat. Die folgenden drei Beiträge von *Charles Tripp*, *Engin Isin* und *Abdulaziz Sachedina* greifen sämtlich die Frage islamischer

Partizipationspraktiken auf, wobei Isin auch über den islamischen Kontext hinaus den Begriff der Staatsbürgerschaft in den Mittelpunkt stellt. *Olivier Re-maunds* Beitrag hingegen befasst sich mit kosmopolitischen Praktiken, die im Moment der Auflösung monolithischer kultureller Referenzrahmen sichtbar werden. Im letzten Beitrag schließlich zeigt *Chris Goto-Jones* nicht nur, dass Heidegger von vielen Proponenten der CPT zu Unrecht als Gewährsmann für die Möglichkeit interkulturellen Lernens angerufen wird – er macht auch noch einmal auf schöne Weise deutlich, wie eurozentrisch die Sicht auf die vermeintliche Beeinflussung der Kyoto-Schule durch Heidegger immer noch ist. Insgesamt ist der Band zwar nicht gerade regional ausgewogen, dafür aber thematisch und im theoretischen Zugriff durchaus eine runde Sache. Der Fokus auf politische Praktiken macht ihn dabei auch über die Grenzen der Politischen Theorie hinaus interessant, insofern er zum Erschließen der Sinndimension von Handeln beiträgt. Gerade in Kombination mit dem erwähnten Band von Dallmayr dürfte es zudem kaum noch eine Ausrede geben, weshalb das Feld der CPT nicht auch in der akademischen Lehre stärker vertreten sein sollte. Zweierlei bleibt abschließend anzumerken: Im Hinblick auf die Beiträge irritiert, dass es keine einzige Frau in den Band geschafft hat. Zum anderen fällt auf, dass auch hier wieder in knapp der Hälfte der Beiträge mit dem Begriff der „Komparativität“ gerungen wird. Dass niemand ihn bündig fassen kann, muss gleichwohl verwundern. Freilich lösen auch Alternativbegriffe wie „cross-cultural“ oder „transkulturell“ dieses Problem nicht, weshalb man langsam überlegen sollte, ob nicht doch lieber von globaler oder,

im Hinblick auf ihre lokalen Manifestationen im Kontext ihrer globalen Verstrickung, von globaler Politischer Theorie gesprochen werden sollte.

Holger Zapf

POLITISCHES SYSTEM DEUTSCHLAND

Ritter, Gerhard A. *Hans-Dietrich Genscher, das Auswärtige Amt und die deutsche Vereinigung*. München. C.H. Beck Verlag 2013. 263 Seiten. 26,95 €.

Zu den bereits zahlreichen Untersuchungen des deutschen Einigungsprozesses hat der Münchner Historiker *Gerhard A. Ritter* eine weitere Darstellung vorgelegt. Nimmt man das schmale Bändchen in die Hand, stellt sich natürlich die Frage, ob *Ritter* in der Lage ist, noch substantiell Neues zu entdecken oder durch eine andere Sicht auf die Vorgänge zu deren besseren Verständnis beizutragen. Die Fokussierung auf den damaligen Außenminister Genscher und das Auswärtige Amt weckt entsprechende Neugier. Wie *Ritter* selbst in seinem Schlusskapitel ausführt, müsse „Das Bild Kohls als ‚Kanzler der deutschen Einheit‘ und der zuständigen Abteilung des Kanzleramtes unter Teltschik als entscheidender institutioneller Träger des Einigungsprozesses auf internationaler Ebene [...] nicht ersetzt, aber doch wesentlich ergänzt und differenziert werden durch die Verdeutlichung der mitentscheidenden Rolle Genschers und des Auswärtigen Amtes.“ (185) Im Wesentlichen stellt *Ritter* den historischen Prozess der Vereinigung auf einer breiten Quellengrundlage dar. Durch die Heranziehung der Akten des AA, des MfAA der DDR und von sowjetischen Dokumenten kann er dabei